3. Sitzung AG Bestandserfassung und –bewertung zur Vorbereitung der Scoping- Unterlage: Zwischenstandsbericht der Arbeitsgemeinschaft **Beschlossenes Protokoll**

Datum: 14. Dezember 2010
Uhrzeit: 9.15 – 14.00 Uhr
Ort: WSA Berlin
Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen
Protokollantin: Claudia Schelp

Teilnehmer/innen:

WSA Berlin: Frau Dr. Ernst (teilweise), Frau Bodenmeier, Herr Röske
BI/Verein „Bäume am Landwehrkanal“ bzw. Anwohner/innen: Frau Kleimeier, Frau Fortwengel, Frau Dorbert, Herr Appel
SenGuV: Frau Köhler
SenStadt: Frau Mangold-Zatti
BfG: Frau Appel
Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, NGA: Frau Tonn
Arbeitsgemeinschaft: Frau Nowak, Frau Fröhlich von DHI-WASY GmbH; Herr Wild, Herr Rauschenbach von JESTAEDT, WILD + Partner GbR (JWP)
Gäste: Herr Krauß, BUND; Herr Dr. Wolter, IGB Berlin

Begrüßung und Einstieg in die Thematik

Die Mediatoren eröffneten die Sitzung und hießen alle Teilnehmer/innen herzlich willkommen zur 3. Sitzung der AG Bestandserfassung und -bewertung gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft DHI-WASY & JESTAEDT, WILD + Partner. Sie begrüßten insbesondere die Projektleiterin Frau Nowak und die stellvertretende Projektleiterin Kathrin Fröhlich, beide vom Büro DHI-WASY, sowie Herrn Wild von JESTAEDT, WILD + Partner (JWP) und seinen Kollegen Herrn Rauschenbach, Spezialist für das Schutzgut Fauna. Als Gäste nahmen teil Herr Krauß vom BUND und Herr Dr. Wolter von IGB Berlin sowie Frau Appel von der Bundesanstalt für Gewässerkunde (Referat U1 Ökologische Grundsatzfragen und Umweltschutz) sowie Frau Köhler von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz (SenGuV).

Nach einer kleinen Vorstellungsrunde fasste Frau Voskamp den bisherigen Verlauf und Stand der Dinge für alle Anwesenden zusammen. Das WSA habe im Oktober 2010 die Bietergemeinschaft DHA-WASY & JWP mit der Bestandserfassung und -bewertung gemäß der gemeinsam in der Arbeitsgruppe Bestandserfassung formulierten und verabschiedeten Aufgabenstellung beauftragt. Arbeitsbeginn für die Bietergemeinschaft war am 4. Oktober 2010. Am 26. Oktober 2010 sei die AG Bestandserfassung zu einer Auftaktsitzung zusammengekommen. In dieser Sitzung sei verabredet worden, diesen heutigen Termin anzuberäumen zur Beratung über die bis jetzt vorliegenden Zwischenergebnisse. Ein Entwurf der Bestandserfassung und –bewertung durch die Arbeitsgemeinschaft DHA-WASY & JWP sei für etwa Ende Februar 2011 angekündigt worden. Heute bestünde die Möglichkeit, sich über den Zwischenstand zu informieren, auszutauschen und ggf. zusätzliche Bedarfe zu benennen sowie offene Fragen zu klären. Alle seien nun gespannt auf den Arbeitsstand.

Frau Nowak vom Büro DHA-WASY begrüßte ihrerseits die Teilnehmer/innen und freute sich darüber, heute die Zwischenergebnisse präsentieren und diskutieren zu können. Sie schickte voraus, dass dieser Zwischenstand noch nicht allumfassend sei, da seit Auftragsvergabe 1,5 Monate vergangen sind und die Abgabe des Berichtsentwurfs für den 04.02.2011 vorgesehen, d. h. weitere 1,5 Monate für

1 S von

die Bearbeitung zur Verfügung stehen. Ihre Präsentation orientiere sich - wie auch am 26. Oktober 2010 - an den Schutzgütern des UVPG (Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung), jeweils bezogen auf den Untersuchungsraum, der je nach Schutzgut unterschiedlich groß sei. Entsprechend dem Bearbeitungsstand und der zur Verfügung stehenden Unterlagen liegen für die Schutzgüter Daten und Informationen in unterschiedlicher Qualität, Dichte, Aktualität und Genauigkeit vor. Ihr Vorgehen und damit auch die Präsentation orientiere sich an der Aufgabenstellung¹.

Der erste Schritt sei das Klären der Aufgabenstellung und das Ermitteln des Leistungsumfanges gewesen (vgl. auch Präsentation am 26.10.2010). Danach sei die Abgrenzung des Untersuchungsraumes erfolgt und das Zusammenstellen aller verfügbaren planungsrelevanten Unterlagen, Gutachten, Planungen, Kartierungen usw. Der Untersuchungsraum sei je nach Schutzgut unterschiedlich groß; der engere Untersuchungsraum verlaufe jeweils bis zu den Häuserkanten längs des Landwehrkanals.

Material, Umfang, Daten

Frau Nowak berichtete, dass die Arbeitsgemeinschaft sehr viel Material bekommen hätte und immer noch dabei sei, dieses zu sichten. Zur Einordnung der Materialien hätten die Bearbeiter eine Kategorisierung der Grundlagendaten und -informationen in „muss“ / „kann“ / „darf“ vorgeschlagen. Diese Einordnung orientiere sich vor allem an dem qualitativen Erfordernis der Bestandserfassung gemäß UVPG, um eine Bewertung des Ist-Zustandes der Schutzgüter vornehmen zu können. Maßgeblich ist dabei auch das Alter der Unterlagen, „Kann“-Unterlagen seien zum Teil älter, aber trotzdem interessant und auch geeignet zum Vergleich mit aktuelleren Unterlagen. Unterlagen wie z.B. Flyer von Aktionen der Stadt Berlin, die einen eher beschreibenden Charakter hätten, seien unter „Darf“ eingeordnet worden. Die Arbeitsgemeinschaft sehe es u.a. auch als ihre Aufgabe an, auf wertvolle Bereiche sowie auf eher konfliktarme Bereiche hinzuweisen.

Um den großen Umfang des Materials handhabbar zu machen, hätten sie eine Excel-Tabelle erstellt. Beispielhaft zeigte Frau Nowak dies anhand der PEWA (Studie zur Herleitung der abiotischen und biotischen Entwicklungsziele für die Landes- und Bundeswasserstraßen des deutschen Elbeinzugsgebietes (Umweltbüro Essen i. A. Berliner Senat, 2006/2007)), zu der es allein schon 8 CDs mit Daten gebe. Sie zeigte einen Ausschnitt aus der Excel-Tabelle, um die Strukturierung (z.B. in Ansprechpartner, Gesprächsprotokolle u.a.m.) transparent zu machen.

Alle Kartendarstellungen der Bestandserfassung und –bewertung werde dem WSA Berlin im Datenformat MicroStation übergeben, wengleich die Arbeitsgemeinschaft selbst zunächst mit dem Programm ArcGIS (Geoinformationssystem) arbeite und später die Daten umwandelt. Wichtig sei, dass die Teilnehmer/innen nachvollziehen könnten, dass Ordnung in den Unterlagen herrsche und bei Bedarf auch noch weitere Daten aufnehmbar seien.

Auf Nachfrage aus dem Teilnehmerkreis, erläuterte Frau Nowak die Vorgehensweise bei der Datensichtung und –aufnahme: einige der Bestandsunterlagen lägen nur in Papierform vor; bei umfangreichen Unterlagen hätten sie daher nur das jeweilige Deckblatt, Inhaltsverzeichnis und die für die Aufgabenstellung entscheidende Seiten mit den wichtigen Aussagen eingescannt. Zu beachten sei hierbei das Urheberrecht - eine Vervielfältigung der Unterlagen sei fast ausnahmslos nicht ohne Genehmigung zulässig; diesbezüglich werde bei den jeweiligen Verfassern noch nachgefragt.

Herr Kessen erkundigte sich nach den jeweiligen Kriterien für die Kategorien „muss“ / „kann“ / „darf“. Frau Nowak und Herr Wild erläuterten, dass hierbei mehrere Dinge eine Rolle spielten: beispielsweise gehörten diejenigen Themen, die im Forum nachgefragt worden seien, in die „muss“-Kategorie. Außerdem spiele die Aktualität der Unterlagen eine Rolle sowie die Belastbarkeit der Daten - einige Informa-

¹ Die Präsentation der Bietergemeinschaft DHA-WASY & JWP ist auf der Internetseite des Verfahrens www.landwehrkanal-berlin.de unter „Materialien und Texte“ eingestellt.

tionen hätten beispielsweise einen eher populärwissenschaftlichen Charakter. Frau Nowak erklärte, dass bei der Kategorisierung und der Dokumentation wichtig sei, auch später noch zu erkennen (z.B. wenn es um einen IST – SOLL Vergleich gehe), welche Daten benötigt würden. Auch wenn das Ziel der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft zunächst die Bestandserfassung und –bewertung sei, würden sie die Grundlagen legen für die spätere Bearbeitung der UVS (Umweltverträglichkeitsstudie). Ihr Ziel sei demnach auch, für weitere Arbeiten den Umgang mit dem Wust an Daten zu erleichtern. Frau Dr. Ernst ergänzte, dass diese Form der Kategorisierung keine Wertung der jeweiligen Wichtigkeit impliziere.

Mehrere Teilnehmer/innen erkundigten sich danach, wie vorgesehen sei, die von der Arbeitsgemeinschaft erarbeiteten Daten den Forumsteilnehmer/innen bzw. ggf. auch der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Frau Dr. Ernst erklärte, dass dieser Punkt noch gemeinsam zu klären sei. Sie könne sich beispielsweise vorstellen, die Daten mittels eines im Gläsernen Büro bereitzustellenden Computers zugänglich zu machen. Wegen ihres Umfangs biete sich die rechnergestützte Bereitstellung an. Die Papierform würde zahlreiche Ordner umfassen. Die Mediatoren fassten die geäußerten Interessen der Beteiligten dahingehend zusammen, dass wichtig sei, sowohl einen leichten Zugang zu haben als auch einen möglichst permanenten Zugriff sicherzustellen.

Herr Kessen erinnerte daran, dass es in der heutigen Sitzung auch darum gehe, festzustellen was da sei und was noch fehle. Frau Dr. Ernst erklärte, dass nach ihrer Einschätzung ca. 80 % der Daten gesammelt seien und ca. 20% noch fehlten. Sie sei zuversichtlich, diese noch rechtzeitig zu bekommen. Herr Kessen erkundigte sich, wieviel Prozent notwendig seien, um relevante Aussagen machen zu können. Die Arbeitsgemeinschaft legte dar, dass immer noch Unterlagen eingehen würden, die sie sichten und kontrollieren müssten, z.B. im Hinblick darauf, ob die Daten aktuell und umfassend genug und sie aussagekräftig seien. Sie räumten auch ein, dass es immer noch Daten geben könne, von deren Existenz sie nichts wüssten.

Zwischenstandsbericht

Frau Nowak und Herr Wild verwiesen eingangs darauf, dass die Bestandserfassung und -bewertung der Schutzgüter nach UVPG (Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung) auf der Grundlage der vorhandenen Unterlagen, Gutachten, Planungen, Kartierungen usw. erfolge. Auf Grundlage von Baugrundgutachten, Umweltatlas, Leitbild etc., sei ein recht heterogenes Bild entstanden. Anhand einer PP-Präsentation stellte die Arbeitsgemeinschaft ihre bisherigen Ergebnisse vor.

Schutzgut: Boden

Die bereits erfassten Unterlagen wurden von der Arbeitsgemeinschaft in die Kategorien „muss“ / „kann“ / „darf“ eingeordnet. Die gewählten Kriterien zur Erfassung und Bewertung seien: Naturnähe, ökologische Bedeutung, Seltenheit. Frau Nowak erläuterte, dass sich der Landwehrkanal geologisch betrachtet im Berliner Urstromtal befinde, hier die Filterfunktion der Böden sehr gering sei, was bedinge, dass viele Inhaltsstoffe des Oberflächen- und Niederschlagswassers ins Grundwasser gelangen können.

Frau Dr. Ernst ergänzte, dass die Karten in der Endfassung alle eine Beschreibung erhalten werden, damit die jeweiligen Informationen leicht erfassbar seien.

Herr Appel erkundigte sich, wie es zu der Aussage komme, dass die Lebensraumfunktion gering sei. Herr Wild erklärte, dass diese Aussage sich hier nur auf das Schutzgut Boden und nicht auf Flora und Fauna beziehe. Eine hohe ökologische Wertigkeit bei Böden sei im Berliner Raum sehr selten und vor allem an extrem trockenen und feuchten Standorten zu finden. Die ökologische Wertigkeit sei auch abhängig davon, über welchen Zeitraum sich die jeweiligen Böden entwickelt hätten, ergänzte Herr Rauschenbach.

Schutzgut: Wasser / Grundwasser

Frau Nowak nannte zunächst die erfassten Unterlagen für das Schutzgut Wasser und die gewählten Kriterien. Bezüglich der Grundwasser-Messpunkte seien die Daten angefordert, lägen aber noch nicht vor. Besonders beim Thema Wasser sei die Wechselwirkung zwischen den einzelnen Schutzgütern wichtig.

Frau Fröhlich von der DHA-WASY GmbH ergänzte, dass es sich bei den GW-Gleichen (Grundwasser-Gleichen), um eine Karte handele, in der – ähnlich wie bei Höhenlinien in einer Wanderkarte – die Linien Bereiche gleicher Grundwasserhöhe darstellten. Der Landwehrkanal stelle eine Art eine „Entwässerungsrinne“ für das Grundwasser dar. Da nicht die Stichtagsmessungen, sondern vielmehr die Veränderungen und die Durchschnittswerte für ihre Arbeit interessant seien, hat DHI-WASY Langzeitwerte angefordert. Jeweils im Mai eines Jahres würden von der zuständigen Senatsverwaltung Pläne zu GW-Gleichen angefertigt. Die Grundwasserhöhen sind dort, wo der Boden großflächig versiegelt ist, über das Jahr relativ gleich. Auch die Grundwasserfließrichtung ist aus diesen Karten ablesbar. Zum Thema Altlasten hätten sie noch keine Daten erhalten.

Frau Voskamp fragte die Gäste, wie das bisher Gehörte sich für sie darstelle und wo sie Ansatzpunkte sähen sich einbringen zu können.

Herr Krauß äußerte zunächst Bedenken zum Vorgehen. So hätte er begrüßt, zuerst Szenarien zu entwickeln anhand von Leitfragen wie: „Wo soll es hingehen?“ und „Was braucht es dafür?“. Außerdem drängte er darauf, schon jetzt Bereiche in die Untersuchungen einzubeziehen, die für mögliche Ausgleichsmaßnahmen geeignet sein könnten.

Frau Köhler erklärte, sie sei gespannt auf das Thema Oberflächenwasser. Zu dem genannten Thema Altlasten / Deponien könne sie Daten bereitstellen.

Frau Appel erklärte, dass sie in enger Zusammenarbeit mit der DHA-WASY GmbH stehe und bereits einige Unterlagen bereit gestellt habe.

Frau Mangold-Zatti sprach sich dafür aus, den Tiergarten mit in die Untersuchung aufzunehmen. Es existiere ein Parkpflegewerk für den Tiergarten. Das Thema Gewässerökologie sollte darin ergänzt werden, da es eine große Rolle spiele. Sie begrüßte es, dass die zum Landwehrkanal existierenden Unterlagen und Informationen nun an einer zentralen Stelle gesammelt und gebündelt würden.

Herr Kessen erläuterte anlässlich der Anmerkung von Herrn Krauß die methodische Vorgehensweise in der Mediation: Ziel des Mediationsverfahrens sei es, die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse der Beteiligten zu klären und in die Vorgehensweise einzubringen. Am Beispiel des Vorgehens am Berlin-Spandauer-Schiffahrtskanal (BSK) konnte z.B. gezeigt werden, was möglich ist, wenn Wahrnehmung und Anerkennung der Bedürfnisse aller Beteiligten sicher gestellt seien. Dabei werde von der sonst oft üblichen Vorgehensweise abgewichen, d.h. zuallererst einen Vorschlag zu machen, der dann bewertet würde; hier in der Mediation gehe es darum, zuerst zu klären, was wem wie wichtig sei (Interessen und Bedürfnisse klären), um anschließend gemeinsam Lösungsoptionen zu entwickeln, die anhand der zuvor gesammelten Interessen und Bedürfnisse aller Beteiligten bewertet werden und auf diese Weise herauszuarbeiten, was wie umsetzbar wäre.

Schutzgut: Oberflächenwasser

Frau Fröhlich erläuterte anhand von Abbildungen, dass das Wasser für den Landwehrkanal von der Spree, dem Oder-Spree-Kanal und der Dahme komme. Sie verwies insbesondere auf die Bedeutung der Daten zur Stauhaltung: die Höhe der Stauhaltung des Wassers zwischen Ober- und Unterschleuse liege bei ca. 32,08 m (mNHN). Dahinter folge die Stauhaltung Charlottenburg mit einem geringeren Wasserstand (ca. 31,42 mNHN). Bei jeder Schleuse gebe es einen Oberpegel und einen Unterpegel. Der Höhenunterschied des Wassers in der Stauhaltung Landwehrkanal betrage nur ca. 2 cm. Ihr lägen noch keine Werte zur Fließgeschwindigkeit vor; hier seien auch die Werte bei Niedrig-, Mittel- und

Hochwasser sowie bei Starkregenereignissen wichtig. Für die Stauhaltung gilt ein Mindestabfluss von 3 m³/sec, die Abflussaufteilung für die Berliner Wasserstraßen erfolgt hauptsächlich über die Wehrregulierungen an den Schleusen Mühlendamm und Kleinmachnow. Sie verwies hierzu auf den Vortrag von Herrn Dr. Finke im Mediationsforum im Mai 2008.

Eine Auswertung der Schleusungsaufzeichnungen habe ergeben, dass rund 11.000 Schiffe pro Jahr, d.h. - unter Berücksichtigung der Winterpause - 50 Schiffe pro Tag, den Landwehrkanal durchfahren würden. Erste Daten zu den Einleitbauwerken der Berliner Wasserbetriebe seien ihr übergeben worden, die genauen Ortsangaben habe sie noch nicht, diese seien ihr jedoch zugesagt worden.

Frau Fröhlich erläuterte weiter, dass es für die Gewässergüte (chemisch-physikalische Parameter) nur eine Messstelle im Landwehrkanal gebe. Da dort nur ausgewählte Parameter erfasst würden, sei sie auf Messstellen außerhalb des Landwehrkanals ausgewichen. Im Landwehrkanal würden hauptsächlich Daten zum Sauerstoff (Chemischer Sauerstoff-Bedarf (CSB) und biologischer Sauerstoff-Bedarf (BSB)) gemessen. Zielvorgabe für Berlin sei neben den Anforderungen zu den biologischen Parametern gemäß WRRL die Gewässergüteklasse 2. Herr Dr. Wolter erkundigte sich, ob die Messstellen, auf die sie ausweiche, vergleichbar mischwasserbelastet seien wie die im Landwehrkanal. Frau Fröhlich erklärte, dass dies je Parameter differenziert zu betrachten sei – aus den anderen Messungen sei nur eine grobe Richtung ableitbar. Auf Nachfrage, weshalb nicht direkt im Landwehrkanal Messungen durchgeführt würden, erklärte Frau Köhler, dass dort auf Sauerstoff hin gemessen würde und dass dies das kritische Thema im Landwehrkanal darstelle. Da sie als Vertreterin der Institution SenGUV für die Messungen zuständig sei, erläuterte sie, dass solche Parameter, die sich eher nicht veränderten, auch nicht so häufig gemessen würden. Es handele sich sozusagen um ein integratives Messprogramm. Weiterhin wurde auf die PEWA-Studie eingegangen, wonach der Landwehrkanal in die Fallgruppe BW1, Typausprägung 15_g einzuordnen ist. Die Bewertungsmatrix zur Ermittlung des guten ökologischen Potenzials gemäß WRRL für die entsprechende Fallgruppe/Typausprägung wurde ebenfalls vorgestellt.

Schutzgut: Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Bei Vorstellung der erfassten Unterlagen und ausgewählten Kriterien zum Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt wurde auch der Umweltatlas genannt. Innerhalb einer kurzen Diskussion um die Aussagekraft von Daten im Umweltatlas erklärte Frau Dr. Ernst, dass aus ihrer Sicht das bisher zusammengestellte Material für eine Scoping-Unterlage schon sehr umfangreich sei.

Frau Köhler verwies außerdem auf eine moderne typenspezifische Auswertungsmethode, die mit „Orientierungswerten“ arbeite. Sie plädierte dafür, dass diese hier auch schon mit einfließen sollte. Das biologische Gedächtnis sei viel größer und aussagekräftiger als der einzelne Messwert, insofern handle es sich um ein biologisches Bewertungsverfahren.

Schutzgut: Pflanzen

Herr Wild erklärte bei der Auflistung der erfassten Unterlagen zu diesem Schutzgut, dass der Unterhaltungsplan der BfG (auch mit Aussagen zur Biotopkartierung) aus dem Jahr 2001 aus seiner Sicht veraltet sei, nach Aussage des WSA Berlin aber erst nach Abschluss der Sanierung des Landwehrkanals erneuert werden könne. Eine sehr gute Grundlage stelle das im letzten Forum vorgestellte Baumkataster dar. Hier sei geplant, eine Datenbank einzurichten, auf die sie künftig zugreifen könnten. Daten, die älter als 5 Jahre seien, seien aus seiner Sicht für eine ausreichende Beschreibung und Bewertung des Schutzgutes nicht verwendbar. Um eine gute Grundlage zu haben, müsste aus seiner Sicht demzufolge der ganze Untersuchungsraum bezüglich der Biotoptypen neu kartiert werden.

Frau Kleimeier wies darauf hin, dass der existierende Unterhaltungsplan vielleicht auch für die Sitzung der AG „van Loon im Urbanhafen“ am 16. Dezember 2010 eine hilfreiche Unterlage wäre. Herr Wild und Herr Rauschenbach erklärten, dass es den Unterhaltungsplan nicht in emailfähiger Fassung gebe,

die in der Präsentation gezeigten Unterlagen seien von ihnen eigenständig im GIS erstellt worden. Die Mediatoren regten an, dass die von JWP gezeigte Folie ggf. schon ausreichend sein würde. Herr Rauschbach sagte daraufhin zu, diese Folie bis Donnerstag, den 16. Dezember 2010 bereitzustellen. Die Mediatoren bedankten sich vorab für diese Unterstützung.

Herr Wild setzte fort und wies darauf hin, dass in Uferböschungsbereichen teilweise seltene Mauerfarne zu finden seien. Dies sei sensibel aufzunehmen. Frau Kleimeier erkundigte sich danach, ob diese Farne für mögliche Fugensanierungen gesichert und ggf. auch zwischengelagert werden könnten. Herr Wild schlug vor, alternativ z.B. eine Trockenmauer anzulegen, in die man die betreffenden Farne umsiedeln könnte.

Herr Wild wies darauf hin, dass die Flächen am Gleisdreieck nicht im Untersuchungsumfang enthalten seien. Sie hätten sich so entschieden, da sich zwischen dem Gleisdreieck und dem Landwehrkanal eine große Straße und dadurch schutzgutbezogen kein funktionaler Zusammenhang besteht.

Schutzgut: Fauna

Herr Rauschenbach berichtete über die erfassten Unterlagen und die gewählten Kriterien zum Schutzgut Fauna. Zum gewählten Untersuchungsraum wies Herr Krauß darauf hin, dass die Tiergartengewässer bis zur Spree hinunter eine Einheit darstelle - das bezöge sich sowohl auf den Lebensraum des Bibers als auch auf Makrozoobenthos. Frau Mangold-Zatti unterstützte die Anregung und sprach sich dafür aus, auch bezüglich der Wassergüte den Tiergarten mit zu behandeln. Sie halte es für wichtig zu betrachten, von welchem Gewässer die Tiergartengewässer gespeist würden. Alles, was vom Landwehrkanal gespeist würde und wo ein Durchfluss zur Spree bestünde, müsse aus ihrer Sicht mit betrachtet werden.

Herr Rauschbach setzte seinen Vortrag fort und erklärte, dass der Landwehrkanal weder für Biber noch für Fischotter einen Lebensraum darstelle - und zwar weder als Wanderhabitat noch als Migrationshabitat (bis auf einzelne Ausnahmen). Weiterhin führte er aus, dass im aktuell vorliegenden Baumkataster auch indirekt Aussagen zu Vögeln (Nestern und Höhlen), Fledermäusen (Höhlen) sowie zu Käfervorkommen (Baumhöhlen mit Mulm) enthalten seien. Für den kompletten Tiergarten existierten aktuelle Vogeluntersuchungen des NABU. Der NABU kläre zurzeit noch, ob er diese Unterlagen der Arbeitsgemeinschaft zur Verfügung stellen könne. Herr Wild ergänzte, dass es in Berlin keine flächendeckende Kartierung von Vögeln und Käfern gebe, die vorhandenen Aufzeichnungen bezögen sich ausschließlich auf Zufallsfunde.

Herr Appel erkundigte sich, ob es zur Kronenfauna bereits Aufzeichnungen gebe. Herr Rauschenbach erklärte, dass es sich dabei um sehr spezielle Untersuchungen handele, zu denen sehr wahrscheinlich keine Aufzeichnungen vorlägen. Frau Dr. Ernst versicherte, dass das Thema beim weiteren Fortgang nicht vergessen werde, sie habe es aufgenommen. (Anschließend verließ Frau Dr. Ernst wie zuvor angekündigt die AG-Sitzung wegen eines anderen Termins.)

Herr Rauschenbach berichtete weiter, dass während der Makrozoobenthosuntersuchungen auch Muscheln im Landwehrkanal nachgewiesen wurden, die er dort nicht erwartet hätte. Insgesamt bestehe zum Makrozoobenthos jedoch noch Untersuchungsbedarf. Frau Köhler erläuterte bisher vorliegende Untersuchungsergebnisse, bei denen sie (SenGUV) beteiligt gewesen sei: Bei ihrer Herangehensweise sei es um Uferstrukturen gegangen, sogenannte „Best-Of“-Stellen. Muscheln seien insbesondere auf sandigen Flachufeln gefunden worden. Sie hätten ihre Untersuchungen bzw. ihr Monitoring so eingerichtet, dass die Ergebnisse mit den Untersuchungsergebnissen von Herrn Dr. Wolter vergleichbar seien. Um zu aussagekräftigen Ergebnissen zu gelangen, müsse man im Mai und im September eines Jahres Untersuchungen durchführen. Zusätzlich seien Bodenuntersuchungen erforderlich, die auch in Kürze durchgeführt werden sollen. Im Urbanhafen seien keine Muscheln gefunden worden.

Herr Rauschenbach setzte seine Ausführungen fort und stellte anhand verschiedener Karten das Fischvorkommen im Landwehrkanal dar. Für die Untersuchungen habe er die Daten von Herrn Dr. Wolter

zugrunde gelegt, der seine Erkenntnisse dazu bereits in der Arbeitskreissitzung Naturhaushalt und Landschaftsbild am 4. November 2009 dargestellt habe. Herr Wolter erinnerte daran, dass es bei den Untersuchungen um den Zusammenhang mit der WRRL (Wasserrahmenrichtlinie) gegangen sei. Die Untersuchungen seien daher nur im September durchgeführt worden. Es sei nicht darum gegangen, den Landwehrkanal zu bewerten - dazu hätte zusätzlich eine Untersuchung im Frühjahr stattfinden müssen. Die vergleichsweise kurze Untersuchungsstrecke an der Tiergartenschleuse über 80 m (andere Befischungsstrecken waren 500 m lang) wurde mit untersucht, da sich genau dort geeignete Brut- und Aufzuchtgebiete befänden. Im Landwehrkanal sollte das Ziel sein, eine Verbesserung der Lebensraumsituation für Fischarten, die dort laichen würden, zu erreichen. Dies stelle aber keine ökologische Aufwertung im Sinne der WRRL dar. Die Schaffung von Laichplätzen für sensitivere Arten sei nur im Bereich des Tiergartens sinnvoll. Hierfür benötige man allerdings Gefälle: das Wasser müsse fließen.

Schutzgut: Landschaft / Mensch

Herr Wild trug die Liste der erfassten Unterlagen vor und erklärte, dass es zum Landschaftsbild im Bereich des Landwehrkanals so gut wie keine vorhandenen Unterlagen gebe. Ihre Erkenntnisse bezögen sie daher vor allem aus ihrer eigenen Begehung. Frau Bodenmeier verwies auf Prof. Wessolek (Landschaftsplanung) von der TU Berlin und bot an, den Kontakt herzustellen.

Frau Mangold-Zatti erläuterte, dass es sich bei einem Landschaftsbild in einer Innenstadt eher um ein Ortsbild handele. Aus ihrer Sicht sei das Gartendenkmal prägend für das Ortsbild um den Landwehrkanal und sollte der Bewertung zugrunde gelegt werden. Der Teil des Denkmalgutachtens von Herrn Bapert, Herrn Prof. Dr. Geyer und Herrn Prof. Wenzel, der das Ortsbild beschreibe, werde nach ihrer Einschätzung auch bei der jetzt stattfindenden Aktualisierung in großen Teilen nicht oder kaum verändert oder aktualisiert werden, daher stelle dies auch in der bisher vorliegenden Form eine geeignete Grundlage dar. Herr Appel äußerte seine Bedenken gegenüber dieser Sichtweise, da er hier Bewertungskonflikte sehe. Als Beispiel führte er die Bewertung von Bestandsbäumen wie z.B. Trauerweiden an: aus Denkmalsicht störten sie den Blick auf das Baudenkmal, aus Laiensicht bewerteten viele ihren Anblick einfach als schön und aus ökologischer Sicht stellten sie wiederum einen eigenen Wert dar. Frau Mangold-Zatti erklärte, dass es sich hier um eine immanente Abwägung der Schutzgüter handeln würde. Ausschlaggebend seien aus ihrer Sicht die jeweilige Zielsetzung und die Klärung dessen, was angestrebt sei bzw. als Ziel verfolgt werden solle. Herr Rauschenbach ergänzte seine Vermutung, dass es Abstufungen im Gutachten auf der Grundlage des Baumkatasters und weiterer Unterlagen geben werde und einzelne Teile ggf. unterschiedlich bewertet werden würden.

Herr Wild stellte dar, dass es aus seiner Sicht drei entscheidende Komponenten für das Landschafts- bzw. Ortsbild gebe:

- das ästhetische Element, mit dem Baudenkmal als einem zentralen Element in der Gesamtsicht,
- die grüne Biotopverbundachse mit Bäumen, Alleen, Weiden etc.,
- das quirlige Leben am Wasser: selbst jetzt im Winter seien am Landwehrkanal hunderte von Menschen unterwegs.

Das alles zusammen mache den Charakter des Landwehrkanals insgesamt aus. In weiteren Planungsphasen könne dies im Detail konkretisiert werden. Möglicherweise existierten auch bereits Untersuchungen im Rahmen von Diplom- oder Forschungsarbeiten, die den Naherholungswertes des Landwehrkanals zum Thema hätten - diese könnten zusätzlich erfasst werden.

Herr Appel wünschte sich für die weitere Bearbeitung des Schutzgutes Landschaft / Mensch die Aufnahme der Thematik des Naturerfahrungsraums.

Frau Mangold-Zatti verwies insbesondere vor dem Hintergrund der Radwegevernetzung darauf, dass auch relevante Ergebnisse bzw. Erkenntnisse aus dem „STEP (Stadtentwicklungsplan) Klima“ dargestellt werden sollten.

Schutzgut: Klima und Luft

Das Schutzgut wurde von der Arbeitsgemeinschaft in die Themen Klima, Luftqualität und Lärm unterteilt. Frau Fortwengel wies zum Aspekt „Lärm“ darauf hin, dass das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg an der Admiralbrücke aktuelle Lärm-Messungen durchgeführt habe. Frau Bodenmeier sagte zu, den betreffenden Kontakt für die Arbeitsgemeinschaft herzustellen. Herr Appel ergänzte, dass Abgasmessungen bezüglich der Dieselfahrgastschiffe durchgeführt werden müssten. Frau Bodenmeier schlug ergänzend vor, bezüglich dieser Thematik bei SenGuV nachzufragen, ob und inwiefern ggf. bereits Ergebnisse bzw. Erkenntnisse zur wohl bereits durchgeführten Einführung eines Filterförderprogramms für Dieselschiffe vorlägen. Frau Fortwengel regte an zu prüfen, ob über die zuvor genannten 50 Schiffe pro Tag die Gesamt-Abgasmenge hochgerechnet werden könne. Frau Bodenmeier bot an, weitere nützliche Kontakte herzustellen, wie z.B. zu den zuständigen Stellen bei SenGuV, wo diese Umweltprojekte angesiedelt seien.

Schutzgut: Kultur- und sonstige Sachgüter / Mensch

Frau Nowak setzte die Präsentation fort und kam zum Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter / Mensch. Erfasste Unterlagen betrafen vor allem die Bau-, Garten- und Bodendenkmale. Frau Kleimeier erkundigte sich danach, wo in all den Untersuchungen der Mensch vorkomme, der am Landwehrkanal wohne. Herr Wild erklärte, dass dieser aus seiner Sicht im Rahmen der Unterlagen zur Wohn- / Mischbebauung, bei denen es z.B. auch um Lärm gehe, berücksichtigt sei. Frau Nowak ergänzte, dass diese Verknüpfung für die heutige Präsentation so von ihnen noch nicht vorgesehen war und sicherte zu, dass das Thema für die Zusammenstellung explizit noch aufgenommen werden könne.

Die Mediatoren bedankten sich bei allen und ermunterten die Sitzungsteilnehmer/innen Fragen zu stellen und ggf. weitere Hinweise zu geben.

Anlässlich der Frage, ob es Untersuchungen gebe, die die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen wie Schlafen, Feiern u.a. berücksichtigten, erklärte Frau Bodenmeier, dass es wohl Untersuchungen gebe zum sogenannten jungen Tourismus. Eine Kontaktaufnahme mit den geeigneten Stellen könne sie unterstützen.

Auf die Frage von Herrn Appel, ob die Bearbeiter Kontakt zu den Personen von „BANA“² aufgenommen hätten, erklärte Frau Bodenmeier, dass die eine zuständige Person bei „BANA“ erst im nächsten Jahr 2011 wieder erreichbar sei und die andere Person nur gegen Geld bereit sei, Auskünfte zu erteilen. Herr Appel hinterfragte, wie die Berücksichtigung der zahlreichen Leitbilder, die der Berliner Senat zu unterschiedlichen Themen habe entwickeln lassen – und die aus seiner Sicht allzu häufig in der Schublade landeten - in die hier anstehende konkrete Arbeit einfließen könne. Insbesondere das Thema Klima halte er für noch nicht ausreichend behandelt. Für ihn sei außerdem entscheidend, die Datenbasis handhabbar zu machen und dabei das Potenzial des Landwehrkanals als grünes Band quer durch die Innenstadt zu verdeutlichen. Frau Nowak verwies darauf, dass es durchaus gute Darstellungen zur Klimathematik im Umweltatlas gebe. Herr Appel plädierte dafür, dass all diese Informationen integriert werden müssten, z.B. unter dem Schutzgut Klima.

Herr Krauß bekräftigte seine Ansicht, dass es zu deutlichen Verbesserungen nur kommen könne, wenn die Tiergartengewässer in die Untersuchungen und damit in die Bestandsaufnahme mit hineingenommen würden. Frau Köhler erklärte, dass zu den Tiergartengewässern keine Unterlagen bei SenGUV vorhanden seien, und regte daher an, die Bezirke einzubeziehen. Ggf. seien weiterführende Untersuchungen durchzuführen. Sie schlug einen Runden Tisch vor, um diese Thematik und Vorgehensweise zu vertiefen. Herr Krauß erklärte, dass es aus seiner Sicht entscheidend sei, ob es gelinge, im Rahmen dieses Mediationsverfahrens zu einer Entscheidung darüber zu kommen, die Tiergartengewässer aufzuwerten. Er erkenne an, dass man jetzt noch in der Phase der Erfassung und Aufnahme sei, dennoch

² BANA: Berliner Modell Ausbildung für nachberufliche Aktivitäten

sei jetzt schon wichtig, dafür zu werben. Frau Köhler erklärte, für sie sei der erste Schritt, nach vorhandenen Daten zu schauen, und bot an, das zu begleiten und zu unterstützen.

Frau Bodenmeier wies darauf hin, dass noch nicht über die Wehre und deren mögliche Bedeutung gesprochen worden sei. Herr Krauß erklärte daraufhin, dass die Wehre entscheidend seien für die biologische Durchgängigkeit. Er erinnerte daran, dass diese drei Themen Ergebnis der bisherigen Überlegungen zu möglichen Ausgleichsmaßnahmen bzw. zur biologischen Aufwertung des Landwehrkanals seien:

- Sicherstellung der biologische Durchgängigkeit, insbesondere an den Wehren
- Aufwertung der Tiergartengewässer
- Umgang mit dem Urbanhafen.

Aus seiner Sicht wäre hilfreich gewesen, hierzu 2 oder 3 Szenarien aufzuwerfen. Er habe die Sorge, dass sich herausstellen könne, dass wichtige Unterlagen fehlen könnten, wenn Szenarien erst sehr viel später entwickelt würden.

Herr Wolter ergänzte, dass neben den Wehren auch

- Trittsteinbiotope,
- Aufweitungen im Kanalverlauf und
- der Flutgraben

genannt werden müssten.

Aus seiner Sicht sei eine faunistische Erfassung hierfür sehr hilfreich. Wichtig sei außerdem, eine Strömungsvielfalt zu schaffen. Der Fokus müsse auf den bestehenden Wert und auf das Entwicklungspotenzial gelegt werden. Dabei müsse auch der Tourismus und dessen mögliche Verlagerung mit in die Überlegungen einbezogen werden.

Herr Kessen fasste das Gesagte dahingehend zusammen, dass bei Bestandserfassung und -bewertung wichtig sei, jetzt schon in die Betrachtungen einzubeziehen, wo mögliche Flächen für ökologische Aufwertungsmaßnahmen sein könnten, um so sicherzustellen, sich für später keine Möglichkeiten zu verbauen.

Weiteres Vorgehen

Frau Bodenmeier informierte darüber, dass geplant sei, die Bestandserfassung und -bewertung im Gläsernen Büro zugänglich zu machen, später sei vom WSA Berlin auch die Errichtung einer Info-Box am Kanal geplant.

Herr Röske erläuterte zur Zeitplanung, dass im Februar 2011 ein Entwurf der Arbeitsgemeinschaft vorliegen werde. Es sei vorgesehen, das Ergebnis in einer weiteren Sitzung der Arbeitsgruppe Bestandserfassung und -bewertung vorzustellen, nachdem zuerst das WSA sich die Unterlagen angesehen haben wird.

Herr Kessen griff die genannte Kategorisierung von „muss“, „kann“, „darf“ auf und wies darauf hin, dass sich das „Muss“ auch nach dem Kriterienkatalog des Mediationsforums richten müsse.

Frau Bodenmeier stellte zur Diskussion, ob es Sinn machen würde, vor dem nächsten Zusammentreffen Unterlagen zu verteilen, damit eine bessere Grundlage zur Diskussion vorläge. Sie sah zwei Varianten, von denen sie die Erste bevorzugte:

- Unterlagen vorab bereitstellen und damit vorbereitet in den Termin starten,
- den Termin durchzuführen und anschließend Unterlagen bereitstellen.

Herr Dr. Wolter erklärte, dass er die Daten in ihrer Gesamtheit nicht brauche, diese müssten seiner Ansicht nach vorher gefiltert werden. Er benötige eher ein genaues Szenario, z.B. über den Fischaufstieg. Frau Nowak wies darauf hin, dass ihr Auftrag die Bestandserfassung und -bewertung umfasse und sie daher keine Berechnungen oder Szenarien erstellen würden. Sie würden die Bereiche in konfliktreiche und konfliktarme Bereiche teilen und Stellung dazu beziehen, in welchen Bereichen bzw. an welchen Stellen was aufzuwerten sei. Herr Krauß äußerte, dass er anhand der geplanten Vorge-

hensweise den Eindruck gewinne, dass eine Planfeststellung vorgesehen sei. Auf ihn wirkten die Darstellungen wie eine Doktorarbeit zum Landwehrkanal. Dies sei ehrenhaft und gut, halte er aber nicht für zielorientiert. Aus seiner Sicht müsse es jetzt mehr „drive“ geben, damit konkrete Ergebnisse herauskämen.

Herr Kessen erklärte, die Aufgabenstellung der Arbeitsgemeinschaft sei nach seinem Verständnis, zunächst nur prüfen, ob die notwendigen Daten und Informationen zur Verfügung stehen, um gute Entscheidungen treffen zu können - diese Informationsgrundlage sei die Basis dafür. Jetzt gehe es darum, sicherzustellen, dass die Information „Y“ auch vorliege, wenn sie als Entscheidungsgrundlage gebraucht werde. Es gehe darum, nicht erst dann festzustellen, dass noch Unterlagen zu erstellen sind, wenn eigentlich schon Entscheidungen und Maßnahmen anstünden. Dadurch soll vermieden werden, unnötig Zeit zu verlieren. Welche Dinge jeweils zu beachten seien, ist im Kriterienkatalog des Forums festgehalten. Herr Kessen rückversicherte sich bei den Mediationsteilnehmer/innen, ob er das in ihrem Sinne richtig dargestellt habe, was allgemein bejaht wurde.

Auf die Frage von Herrn Dr. Wolter, ob der gesamte Kanal saniert werden müsse, erklärte Herr Röske, dass es vor allem um die Sanierung der Regelbauweise gehe. Der gesamte Kanal müsse allerdings für die Erstellung der HU (Haushaltsunterlage) mitbetrachtet werden. Frau Kleimeier ergänzte, Planungsziel sei die Sanierung des gesamten Kanals. Herr Dr. Wolter wies darauf hin, dass bei einem nicht so großen Sanierungsumfang der zu erwartende Ausgleich auch nicht so berauschend sein werde. Er erklärte erneut, dass er es für gut halte, über Szenarien zu reden und damit über Maßnahmen, die in diesem Rahmen überhaupt machbar seien, bzw. was im Rahmen der beteiligten Institutionen und Behörden möglich sei.

Herr Kessen erläuterte, dass in der Mediation viele Interessensgruppen zusammen säßen um gemeinsam gute Lösungen zu finden. Dabei sei auch schon einiges erreicht worden, sowohl auf der inhaltlichen als auch auf der Verfahrensebene. Es stehe alles in einem Zusammenhang, dabei ginge es nicht nur um Inhaltliches und die Umsetzbarkeit. Herr Appel ergänzte, dass mit diesem Verfahren neue Wege beschritten würden mit dem Ziel, gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Mehrere Teilnehmer/innen bekräftigten diese Darstellung und verwiesen auf die Erfolge, die durch diese Art der Zusammenarbeit, auch die zwischen den unterschiedlichen Behörden, bereits erzielt worden seien. Frau Köhler ergänzte, dass z.B. für den Anschluss von Gewässern ein spezielles Monitoring gemacht werden müsse, und dass dies - wenn sie schon vor zwei Jahren gewusst hätte - jetzt schon fertig wäre.

Im Rahmen der Planung der nächsten Schritte wies Herr Kessen darauf hin, dass im WSA zur Zeit wichtige Themen wie die Erstellung der Konzeption zur HU anstünden, denen möglicherweise Priorität einzuräumen sei. Für den weiteren Fortgang sei wichtig, den Baustein Bestandserfassung und -bewertung fertig zu stellen und gemeinsam darauf zu schauen. Er befürchtete, dass ein vorheriges Lesen der umfangreichen Unterlagen sehr lange Vorlaufzeit in Anspruch nehmen könnte. Frau Kleimeier regte an, die AG Bestandserfassung zur Vorstellung des Entwurfs im dem WSA, d.h. etwa im Februar 2011, hinzuzuladen. Hintergrund sei, dass das Forum sich als innerer Auftraggeber der Arbeitsgemeinschaft verstehe. Herr Röske nahm dies auf und bat darum, diese Überlegungen soweit zurückzustellen, bis das Thema intern in der AG Landwehrkanal besprochen worden sei. Anschließend würden sie einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen machen.

Die Mediatoren schlugen vor, dass eine Art Zusammenstellung oder Essenz erstellt werde, die dem Forum bzw. der AG Bestandserfassung vorab zur Verfügung gestellt werde. Das Forum habe bezogen auf diese Thematik keinen Zeitdruck: wichtig sei eine effiziente Arbeitsorganisation hinsichtlich der verschiedenen anstehenden Aufgaben. Unter diesen spiele die Konzeption HU sicherlich eine besondere Rolle.

Um 14.00 Uhr endete die Sitzung und die Mediatoren wünschten allen noch einen schönen Nachmittag.